

## Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch Zu den Grenzen einer Politischen Ökonomie des Populismus

Die Diskussionen darüber, wie der jüngste Aufstieg der radikalen Rechten bzw. des Populismus zu erklären ist, werden oftmals als Streit zwischen zwei Seiten dargestellt: Auf der einen Seite stehen demnach „ökonomische Erklärungen“, deren am weitesten verbreitete Version im Aufstieg der rechten bzw. populistischen Parteien einen Protest derer vermutet, die unter Globalisierungs- und Modernisierungsprozessen ökonomisch eher leiden, als dass sie von ihnen profitierten; auf der anderen Seite stehen „kulturelle Erklärungen“, die als Ursache für die aktuelle politische Kultur eine neue Spaltungslinie zwischen kommunitaristischen bzw. reaktionären und kosmopolitischen bzw. progressiven Positionen ausmachen (Lengfeld/Dilger 2018: 181-187; Manow 2018: 13-16).

In den letzten Jahren gerieten ökonomische Deutungen ins Hintertreffen. Ursache hierfür waren insbesondere quantitative Studien, die zeigten, dass die Wähler\_innenbasis des Rechtspopulismus soziostrukturell sehr heterogen ist und keine Rede davon sein kann, dass vor allem sozial deprivierte Milieus rechts bzw. populistisch wählen (z.B. Lengfeld/Dilger 2018). Zuletzt erschien jedoch eine Reihe quantitativer Studien, die zur Rehabilitierung ökonomischer Deutungen beitragen, indem sie das Konzept des „Globalisierungsverlierers“ komplexer modellieren (Rodrik 2018; Burgoon u.a. 2018;

Rooduijn/Burgoon 2018). Im deutschsprachigen Raum findet insbesondere Philip Manows *Politische Ökonomie des Populismus* (2018) große Beachtung. Aufgrund ihres zentralen Stellenwertes für die deutsche Debatte, arbeite ich im Folgenden anhand dieser Studie heraus, dass die Rehabilitierung der ökonomischen Perspektive eine Berechtigung hat, aber doch droht, ihr argumentatives Konto zu überziehen, wenn sie sich in einen einfachen Gegensatz zu kulturellen Deutungen begibt und diese für erledigt erklärt. Anstelle solcher Entgegensetzungen ist ein Zusammendenken beider Perspektiven gefragt.

Ein solches Zusammendenken erfolgt in der *PROKLA*-Debatte der letzten Jahre bereits. Während einige der in einer oberflächlichen Kategorisierung als „kulturell“ einzuordnenden Beiträge (Dowling/van Dyk/Graefe 2017; Eversberg 2018) zahlreiche ökonomische Argumente anführen, zeigen sich einige eher ökonomische Texte (Sablowski/Thien 2018) offen für kulturelle oder „identitätspolitische“ Deutungen.

Um dieses Zusammendenken weiter voranzutreiben, ist eine Auseinandersetzung mit Manows Studie doppelt gewinnbringend. Erstens bietet sie die bis dato umfangreichste und differenzierteste politisch-ökonomische Analyse der jüngsten populistischen bzw. radikal rechten Konjunktur, sodass sie beim

Zusammendenken von kulturellen und ökonomischen Perspektiven zwingend zu berücksichtigen ist. Zweitens stellt das Buch eine unmittelbare Herausforderung für eine solche Doppelperspektive dar, weil Manow eine klare Priorisierung ökonomischer über kulturelle Deutungen einfordert. Die Argumente, mit denen er dies tut, müssen aufgenommen und entkräftet werden. Entsprechend soll der vorliegende Beitrag das Zusammendenken von Kultur und Ökonomie in Auseinandersetzung mit Manows Studie weiter vorantreiben.

### Philip Manow und die Rehabilitierung ökonomischer Erklärungen

Manow erreicht die Rehabilitierung ökonomischer Erklärungen insbesondere durch eine theoretische und eine methodische Entscheidung. Theoretisch legt er in Anlehnung an einen Aufsatz von Dani Rodrik (2018) dar, dass populistischer Protest nicht gleich populistischem Protest ist. Zwar versteht er den gegenwärtigen Populismus tatsächlich als einen von Verlierer\_innen der Globalisierung getragenen Protest. Jedoch seien die unterschiedlichen Gesellschaften auf je spezifische Weise von der Globalisierung betroffen, sodass jeweils andere Gruppen auf der ökonomischen Verlierer\_innenseite stünden. Zudem seien es jeweils andere Aspekte der Globalisierung, durch die diese Gruppen ihre ökonomische Position gefährdet sähen. So sei zu erklären, dass populistischer Protest in den verschiedenen Regionen verschiedene Formen annehme und von einer je anderen Basis getragen werde. In den südeuropäischen Ländern richte sich der Protest insbesondere gegen den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie gegen Austeritätspolitik und artikuliere sich somit eher als

Linkspopulismus. In den mittel-, nord- und westeuropäischen Ländern richte er sich dagegen insbesondere gegen den freien Verkehr der Arbeitskraft, also gegen Migration, und artikuliere sich somit eher rechtspopulistisch. Hier führt Manow eine weitere Differenzierung ein: In den angelsächsischen Ländern mit ihren offeneren Arbeitsmärkten und rudimentären Wohlfahrtsstaaten richte sich der Protest vor allem gegen Arbeitsmigration; getragen werde er primär von Arbeitsmarkt-Outsider, die in Migrant\_innen (laut Manow zu recht) Konkurrenz sähen und als Folge der Migration Lohnsenkungen oder Arbeitslosigkeit fürchteten. In den nord- und kontinentaleuropäischen Ländern mit stärker regulierten Arbeitsmärkten und großzügigeren Wohlfahrtsstaaten richte sich der Protest eher gegen Fluchtmigration und werde von Arbeitsmarkt-Insider getragen; diese fürchteten (laut Manow zu recht), mit ihren Sozialbeiträgen die Wohlfahrt von Geflüchteten zu finanzieren, die selbst noch nie zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates beigetragen hätten, sodass es letztlich zu einer Überlastung der Wohlfahrtssysteme kommen könne (Manow 2018: 15-25, 38-69).

Methodisch entscheidet sich Manow dagegen, statistische Untersuchungen auf individueller Ebene durchzuführen, also nach Korrelationen zwischen der individuellen ökonomischen Situation und der Unterstützung für populistische Parteien zu suchen. Entscheidend für Wahlentscheidungen sei weniger die individuelle Situation als die Wahrnehmung der ökonomischen Situation im sozialen Kontext. Zum Beispiel könnten auch Personen, die als Individuen nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind, Arbeitslosigkeit in ihrem Umfeld als Problem wahrnehmen und entsprechende Wahlentscheidungen treffen. Daher arbeitet Manow mit geografisch

aggregierten statt mit individuellen Daten (Manow 2018: 72-74).

Manow sieht sein theoretisches Modell durch die mit dieser Methodik durchgeführte empirische Prüfung weitgehend bestätigt (Manow 2018: 70-138) – etwas vorschnell, wie ich im Folgenden zeige. Tatsächlich bietet seine Studie theoretisch, methodisch und empirisch wichtige Erkenntnisse, die die Debatte voranbringen können. Jedoch zeigen sich im Text auch einige Probleme, aufgrund derer sein Ansatz in Teilen revidiert und weitergedacht werden muss. Derer diskutiere ich im Folgenden drei: Zunächst gehe ich auf die Probleme rund um den Populismusbegriff und Manows Verwendung desselben ein; daraufhin argumentiere ich gegen die strikte Entgegensetzung von Kultur und Ökonomie, die Manow in seinem Buch (überraschenderweise) vollzieht; drittens schließlich mache ich Vorschläge, wie das politisch-ökonomische Modell weiter auszubauen und zu vertiefen ist.

## Für und Wider des Populismusbegriffs

Bevor ich auf die spezifischen Probleme von Manows relativ willkürlicher Verwendung des Populismusbegriffs eingehe, sind zunächst die allgemeinen Probleme der Rede vom Populismus zu reflektieren. Diese bestehen weniger in der vielfach beklagten Uneinigkeit darüber, wie genau Populismus zu definieren ist – auch die Definition analytischer und normativer Schlüsselbegriffe wie „Macht“, „Freiheit“ oder „Demokratie“ ist notorisch umstritten, ohne dass man sie deswegen aufgeben würde. Die triftigeren Einwände beziehen sich auf die normative Aufladung, die der Populismusbegriff in seinen gängigen Verwendungen hat – und egal wie wissenschaftlich genau man den Begriff nun bestimmt, am Ende

bewegt man sich doch in diesen Diskursen (Boos 2018: 9-10). Die normativen Implikationen des Populismusbegriffs in seiner alltäglichen Verwendung sind dreifach problematisch. Erstens wird das Wort Populismus in Europa in erster Linie verwendet, um politische Gegner\_innen als unseriös zu stigmatisieren. Egal, ob es um die Alternative für Deutschland (AfD), um Aufstehen, um die Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen, um die aktuell erfolgreichen Grünen, um den Youtuber Rezo und sein CDU-Video, um den Juso Kevin Kühnert und seine Enteignungsthesen oder um *Fridays for Future* geht: Alle wurden von ihren Gegner\_innen mit dem Populismusbegriff belegt, um sie als unlautere Konkurrenz zu markieren – ohne, dass es irgendeine gemeinsame Essenz oder auch nur eine Familienähnlichkeit gäbe, die sie alle verbände. Zweitens geht diese in hohem Maße willkürliche Stigmatisierung der populistischen Anderen immer wieder mit einer hufeisentheoretischen Konzeption des politischen Raums einher, nach der die „Mitte“ demokratisch sei, während an den „Rändern“ undemokratische Gefahren lauerten, weshalb Populismus von links und rechts gleichermaßen zu bekämpfen sei. Dies führt zunächst zu der aus den Diskussionen um den Extremismusbegriff sattsam bekannten, in der Sache nicht haltbaren Gleichsetzung von linken und rechten Gefahren für die Demokratie (Rhein/Uhlig 2019; Boos 2018: 9-10, 18). Drittens schließlich beinhaltet das hufeisentheoretische Denken heute oftmals eine Unterscheidung zwischen zwei Eskalationsstufen des Undemokratischen, nämlich Populismus und Extremismus. Dabei gilt Populismus als im demokratischen Rahmen zwar problematisch, aber gerade noch zu dulden, Extremismus hingegen als weitaus gefährlicher, weil offen antidemokratisch. Dieses Denken geht dann

immer wieder mit einer Verharmlosung der als „rechtspopulistisch“ bezeichneten Kräfte einher, die als noch akzeptabel, weil immerhin nicht extremistisch gelten (Heitmeyer 2018: 231-236, 244; Boos 2018: 22).

Kritische Wissenschaft muss sich sowohl gegen die willkürliche Stigmatisierung als auch gegen die hufeisentheoretische Gleichsetzung von links und rechts als auch gegen die Verharmlosung der „nur populistischen“ Rechten wenden. Entsprechend ist es nachvollziehbar, dass einige ganz auf den Populismusbegriff verzichten möchten. Jedoch sprechen auch gute Gründe dafür, den Begriff beizubehalten und auf eine Weise zu bestimmen, mit der man sich dezidiert gegen diese Probleme abgrenzt, um so den öffentlichen Diskurs über Populismus positiv zu beeinflussen.

Der wichtigste Grund für dieses Vorgehen besteht im zeitdiagnostischen Wert des Begriffs: Er erlaubt es, das gleichzeitige Erstarken von Tea Party und Occupy, von Donald Trump und Bernie Sanders, von Nigel Farage, Boris Johnson und Jeremy Corbyn, von Front National/Rassemblement National und La France insoumise, von AfD, PiS, Fidez, Vox, Lega etc. und Syriza und Podemos und Movimento 5 Stelle als ein verbundenes Phänomen zu erfassen. In ihrer politischen Programmatik haben die genannten politischen Projekte relativ wenig gemeinsam: Einige sind eindeutig links, andere eindeutig rechts, wieder andere kaum sinnvoll auf der Links-rechts-Achse zu positionieren. Unter den rechten Projekten sind einige strikt wirtschaftsliberal, andere etatistisch, unter den linken sind einige deutlich für offene Grenzen, andere weniger. Was alle gemein haben, ist jedoch ihre erklärte Anti-Establishment-Haltung und die Vorstellung, dass „das Volk“ oder „die einfachen Leute“ von „den Eliten“ vernachlässigt wurden und nun politisch mehr Geltung erhalten

sollen. Der Populismusbegriff erlaubt es, auf genau dieses verbindende Moment zu fokussieren und damit sichtbar zu machen, dass auf die Hochphase des Liberalismus von 1990–2006 und die Große Rezession ein regional stark ungleichmäßig verteilter „populistischer Moment“ (Mouffe 2018: 11) folgte – der für die linken Populismen 2019 zu Ende zu gehen scheint (Mudde 2019). Dies kann man tun, ohne den oben dargelegten problematischen Implikationen zu folgen, die der Populismusbegriff im Alltagsdiskurs hat. Begriffliche Alternativen wie „autoritärer Nationalismus“ (Eversberg 2018), „autoritärer Nationalradikalismus“ (Heitmeyer 2018), „Neonationalismus“ (Becker 2018), politischer Radikalismus (Burgoon/Roodjuin 2018) oder „radikale Rechte“ zielen entweder nur auf wenige dieser Bewegungen und bieten daher nicht das gleiche zeitdiagnostische Potenzial oder bringen eigene Fallstricke mit sich. Daher halte ich trotz aller Probleme am Populismusbegriff fest.

Die aktuell in der sozialwissenschaftlichen Debatte in Europa meistgenutzte Populismusdefinition von Cas Mudde (2007: 23) ist zum einen geeignet, das zeitdiagnostische Potenzial des Begriffs zu aktualisieren, und erlaubt zum anderen, sich zu den oben genannten Problemen zu verhalten. Dieser Definition nach gelten politische Projekte dann als populistisch, wenn sie einen moralisch aufgeladenen Gegensatz zwischen einem guten Volk und korrupten Eliten behaupten und eine Herstellung von Volkssouveränität verlangen.<sup>1</sup> Mit diesem Konzept kann man – mit Abstrichen bei

1 Nicht anschließen möchte ich mich dabei der Engführung von so verstandenem Populismus und Antipluralismus, die insbesondere Müller (2016) mit Vehemenz vertritt, gegen die es aber gute empirische und theoretische Argumente gibt (Boos 2018: 19).

Sanders und Corbyn sowie weiteren Abstufungen – alle oben genannten Projekte als populistisch erfassen. Zugleich ist dieses Verständnis von Populismus zunächst normativ neutral: Wie progressiv, emanzipativ oder demokratisch populistische Projekte sind, ist nur von Fall zu Fall nachweisbar, nicht aber begrifflich vorentschieden. Weiterhin steht ein so verstandener Populismus in keinem wechselseitig ausschließenden Verhältnis zu „Extremismus“: Auch in einigen Formulierungen der „extremistischen“ Ideologie des Nationalsozialismus wurde „das Volk“ gegen „die Eliten“ ausgespielt und eine wahre Herrschaft des Volkes gefordert – die sich dann gerade im Führerwillen verkörpern sollte (Müller 2016: 93-94).

Manow lehnt diese Definition ebenso ab wie andere gängige Bestimmungen des Populismusbegriffs – etwa als einen bestimmten Politikstil oder eine bestimmte Rhetorik. Das Problem dieser Definitionen sieht er darin, dass sie eher auf die Form (bzw. auf einige formale Aspekte der Ideologie) als auf den konkreten Inhalt zielen – und mit „Inhalt“ meint Manow vor allem die politische Ökonomie. Entsprechend fordert er eine stärker auf politisch-ökonomische Fragen gerichtete Herangehensweise an Populismus (Manow 2018: 26-37).

Dieses Argument von Manow ist in dreierlei Hinsicht problematisch: Erstens wird zum Problem, dass Manow die gängigen Definitionen des Populismusbegriffs ablehnt, ohne eine alternative Definition vorzulegen – und den Begriff doch ganz selbstverständlich verwendet. Zwar bestimmt er den politisch-ökonomischen „Inhalt“ des linken und rechten Populismus als Protest gegen verschiedene Dimensionen der Globalisierung: Während linkspopulistischer Protest sich gegen den freien Fluss von Waren, Dienstleistungen und Kapital wende, richte sich rechtspopulistischer Protest

gegen Migration. Damit sind aber mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet: Heißt dies, dass *jeder* Protest oder *jede* Opposition gegen Globalisierung populistisch ist? Und warum nennt man es dann Populismus und nicht Antiglobalisierungsprotest? Oder sind nur bestimmte Protestformen populistisch zu nennen? Und wenn ja, welche Kriterien gelten dafür? Diese Unklarheiten führen im Konkreten dazu, dass die Verwendung des Begriffs bei Manow genauso willkürlich erfolgt wie es in der öffentlichen Debatte gängig ist. Er kann zwar begründen, warum er ein populistisches Projekt als links- oder rechtspopulistisch kategorisiert<sup>2</sup>, aber nicht, warum er eine bestimmte Partei überhaupt als populistisch bezeichnet. So schlägt er den portugiesischen Bloco de Esquerda kurzerhand und ohne weitere Begründung dem Linkspopulismus zu (Manow 2018: 41-42, 143). Dies ist für die Bestätigung seiner Hypothese ausgesprochen hilfreich – denn dafür „braucht“ er in südeuropäischen Ländern linkspopulistische Projekte. Es hat aber keine Basis in der gängigen Literatur, in der diese Partei zwar in aller Regel zwar als links, aber nicht als populistisch eingestuft wird. Andersherum wird durch diese Entscheidung auch völlig unklar, warum Manow Linksparteien in nord- und zentraleuropäischen Ländern *nicht* als linkspopulistisch einstuft – für die Bestätigung seiner Hypothese, die in diesen Ländern keinen Linkspopulismus vorsieht, ist das hilfreich, begründet ist es nicht.

Zweitens vermischt Manow in seiner Kritik drei Ebenen, nämlich die Ebene der Definition des Populismus mit den Ebenen der Beschreibung konkreter Populismen

---

2 Auch diese Einordnung erfolgt im Buch auf eine fragwürdige Weise, insbesondere in Bezug auf die Kategorisierung des Movimento 5 Stelle als linkspopulistisch (Manow 2018: 38, 142-143).

und der Erklärung ihrer Erfolge. Auch wenn man den Populismusbegriff eher formal – sei es durch wenige Charakteristika der Ideologie, sei es als bestimmte Rhetorik oder Strategie – definiert, kann man doch zugleich davon ausgehen, dass konkrete populistische Projekte immer auch konkrete Inhalte vertreten und diese Inhalte für den Erfolg entscheidend sind. Man würde auch ohne weiteres eingestehen, dass für ein konkretes Buch und seinen Erfolg der Inhalt relevant ist, ohne deshalb eine auf den Inhalt fokussierte Definition des Wortes „Buch“ zu fordern. Gleiches gilt für Begriffe wie Partei, Protest, Hegemonieprojekt etc. Nur wenn man diese von Manow vermischten Ebenen auseinanderhält, kann man eine sinnvolle Diskussion führen.

Drittens erlaubt es die Ablehnung der gängigen Populismusbegriffe Manow, weite Teile der Populismusforschung als bloß auf die Form fokussiert abzutun und damit zahllose Publikationen über die politischen Programmatiken und Anhänger\_innen populistischer Parteien. Dies führt unter anderem zu einer Verharmlosung des real existierenden und relativ gut beforschten europäischen Rechtspopulismus. So stellt Manow rhetorisch die Frage, ob denn die Hinwendung zu autoritärer Herrschaft in Ungarn und Polen überhaupt systematisch mit der Tatsache zusammenhänge, dass dort rechtspopulistische Parteien regierten – schließlich werde der Rechtsstaat auch in Rumänien abgebaut, und zwar von einer nicht rechtspopulistischen Regierung (Manow 2018: 33). Mit solchen Anwürfen verharmlost Manow Rechtspopulismus als bloßen, irgendwie auch legitimen Protest gegen Migration als einer Dimension der Globalisierung – und blendet aus, dass die Forschung zum Thema sich schon seit mehr als zwei Jahrzehnten mit den politischen Inhalten des Rechtspopulismus beschäftigt und illiberalen Autoritarismus neben

Nativismus und Populismus zu den ideologischen Kernbestandteilen zählt (Mudde 2007).

Schon diese begrifflichen Probleme lassen Zweifel an Manows theoretischem Modell aufkommen, sie enden hier jedoch noch nicht.

## Ökonomie, Kultur, Politik

Das zweite große Problem von Manows Konzeption besteht in der polemischen Art und Weise, auf die er ökonomische Erklärungen gegen kulturelle ausspielt. Die unterkomplexe Herangehensweise an das Verhältnis von Ökonomie, Kultur und Politik überrascht, weil Manow innerhalb der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung zu denjenigen zählt, die Kultur als Faktor ernst nehmen (siehe etwa Kersbergen/Manow 2009).

In seinem Populismusbuch hingegen verhält er sich regerecht polemisch gegen diejenigen, die Kultur als erklärenden Faktor für die aktuelle politische Konjunktur heranziehen. In erster Linie wendet Manow sich gegen die These eines kulturellen Backlashs, die in verschiedenen Formulierungen vorliegt (Dowling/van Dyk/Graefe 2017; Reckwitz 2016; Inglehart/Norris 2016; Koppetsch 2019). Mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten legen diese Autor\_innen dar, dass es in den letzten Jahrzehnten in westlichen Gesellschaften zu Liberalisierungsprozessen kam, die mit einer Entwertung überkommener Normen und einstmaliger hegemonialer Lebensformen einherging. Gegen diese Entwertung richtet sich der rechtspopulistische Backlash. Jedoch beschränkt sich Manows Kritik nicht auf die Backlash-These. Vielmehr weist er auch allgemeiner die Position zurück, die Kultur in einem weiten Sinne als erklärenden Faktor heranzieht, also den Versuch, die Konjunktur (rechts-)populistischer

Erfolge auch durch kollektiv geteilte Bedeutungs Muster zu erklären.

Manow gesteht zwar wiederholt zu, dass ökonomische Sachverhalte immer kulturell überformt werden müssten, bevor sie politische Wirksamkeit entfalten könnten (Manow 2018: 16, 32-33, 100). Jedoch wird Kultur damit auf eine bloß vermittelnde Schicht zwischen Ökonomie und Politik reduziert. Als *eigentliche* Quelle für politische Positionierungen gilt dann die ökonomische Lage der jeweiligen Subjekte und ihres sozialen Umfelds sowie die als ökonomisch-rational vorgestellte Verarbeitung dieser Lage durch die Subjekte. Den Prozess der Politisierung ökonomischer Umstände konzeptioniert Manow ähnlich dem Rational-Choice-Ansatz: Die Subjekte sähen, welche Faktoren die ökonomische Lage ihres Umfelds gefährden und protestierten politisch dagegen. Auch wenn diese politische Artikulation dann noch kulturell vermittelt sei, ist es Manow zufolge im Allgemeinen nicht notwendig, Kultur als erklärenden Faktor zu berücksichtigen. Zwar lässt er hypothetisch die Möglichkeit zu, dass Kultur unter Umständen einen erklärenden Wert habe. Diesen Faktor in Betracht zu ziehen ist der Logik seiner Argumentation zufolge jedoch erst geboten, wenn die tatsächlichen politischen Positionierungen durch ökonomische Faktoren nicht mehr erklärt werden könnten. Sonst sei die Bezugnahme auf Kultur tautologisch (Manow 2018: 14, 34-35).

Diese Konzeption geht mit erheblichen theoretischen und methodischen Problemen einher. Diese betreffen zunächst den Prozess, in dem aus der ökonomischen Lage politische Positionierungen erwachsen sollen. Während Manow argumentiert, als ob die ökonomisch-rationale politische Positionierung, mit der die Subjekte auf ihre ökonomische Lage reagieren, fraglos gegeben sei, ist diese „Rationalität“ in Wirklichkeit

von hochgradig kontingenten Interpretationsprozessen abhängig und somit immer kulturell bedingt. Das lässt sich anhand von Manows Erklärung für Rechtspopulismus in kontinental- und nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten erläutern. Hier geht er davon aus, dass der Protest in erster Linie von Arbeitsmarkt-Insider getragen wird und sich insbesondere gegen Fluchtmigration richtet. Die Insider verstünden sich als diejenigen, die den relativ großzügigen und offenen Wohlfahrtsstaat finanzierten und wendeten sich dagegen, dass aufgrund von Fluchtmigration Personengruppen in den Genuss wohlfahrtsstaatlicher Leistungen kämen, die nie selbst Beiträge gezahlt hätten. Dies gelte in Deutschland noch verschärft, weil aufgrund der Agenda-2010-Reformen auch relativ etablierte Arbeitsmarkt-Insider befürchten müssten, nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit auf dasselbe Grundsicherungsniveau wie Geflüchtete zurückzufallen (Manow 2018: 87-89).

Diese Beschreibung hat eine gewisse Plausibilität und ist nicht nur mit Manows quantitativen Daten, sondern auch mit den – in erster Linie für die USA verfügbaren – qualitativen bzw. ethnografischen Studien vereinbar (Hochschild 2016). Aber ist sie wirklich bloß „ökonomisch“ und setzt bei den Subjekten einfach Rationalität voraus? Auch in einem verhältnismäßig „großzügigen“ und offenen Wohlfahrtsstaat wie Deutschland ist zu erwarten, dass Arbeitsmarkt-Insider durch die Aufnahme einer großen Zahl von Geflüchteten weitaus weniger ökonomische Nachteile zu befürchten haben als Prekarisierte und Arbeitslose – und als die Teile (post-)migrantischer Minderheiten, die aufgrund des rassistisch segmentierten Arbeitsmarktes überdurchschnittlich oft einfacheren und schlechter bezahlten Jobs nachgehen müssen. Denn gerade diese Gruppen müssen

mit den neu Angekommenen um Jobs im Niedriglohnsektor konkurrieren und bewegen sich auch am ehesten im selben Sektor des Wohnungsmarkts (Helbig/Jähnen 2019). Arbeitsmarkt-Insider mögen das Gefühl haben, mit den eigenen Sozialbeiträgen und Steuern das Auskommen der neu angekommenen Personen zu finanzieren und dies als ungerecht empfinden. Die größten unmittelbar ökonomischen Nachteile haben sie aber nicht zu befürchten. Je nachdem, in welchem Sektor sie arbeiten, könnten sie aufgrund der gewachsenen Binnennachfrage eher noch eine Verbesserung ihrer Position erwarten. Auch eine reale „Überlastung“ der Sozialsysteme durch die 2015 und 2016 Angekommenen ist nicht plausibel (Arps 2019). Zudem zeigt genau die ethnografische Forschung, die bei rechtspopulistisch wählenden Subjekten Interpretationen beschreibt, die den von Manow postulierten nahekommen, dass diese Subjekte sich dabei immer wieder entgegen der ihnen typischerweise zugeschriebenen ökonomischen Standardinteressen (Besserung ihrer ökonomischen Lage usw.) positionieren (Hochschild 2016: 8-16).

Die von Manow in seinen theoretischen Darstellungen eingeführte und in den empirischen Daten bestätigte „ökonomische“ Erklärung erweist sich also – *rein ökonomisch betrachtet* – als hochgradig kontingent und somit als kulturell voraussetzungsvoll. Es ist nicht ökonomisch-rational selbstverständlich, sondern kulturell erklärungsbedürftig, dass Arbeitsmarkt-Insider öfter rechtspopulistisch wählen als Arbeitsmarkt-Outsider. Hier wird nicht einfach nur eine ökonomisch-rationale Entscheidung der Subjekte kulturell vermittelt ausgedrückt. Vielmehr ist der Prozess, in dem Subjekte darüber entscheiden, was für sie rational ist, eine Interpretation, die nicht individuell, sondern intersubjektiv und kollektiv betrieben wird

– und somit immer schon kulturell. Indem Manow in seinem „theoretischen“ Argument den Subjekten genau die Position als „ökonomisch rational“ unterstellt, die er empirisch bei ihnen feststellt, argumentiert er letztlich genauso tautologisch, wie er es kulturellen Erklärungen unterstellt.

Das Problem geht noch weiter: Nicht nur die politische Bearbeitung der ökonomischen Lage wird durch Kultur geprägt. Auch die Ökonomie selbst ist durch Faktoren mitstrukturiert, die gemeinhin als „kulturell“ verstanden werden. Dies lässt sich insbesondere anhand zweier riesiger Leerstellen in Manows Buch darstellen, nämlich der Fragen von Geschlecht und *race* bzw. Ethnizität. Zwar hält Manow fest, dass rechtspopulistische Parteien überproportional von Männern gewählt werden, geht aber kaum auf die Ursachen ein. In seinem Modell wäre das für Kontinental- und Nordeuropa dadurch zu erklären, dass Männer öfter Arbeitsmarkt-Insider sind als Frauen (Manow 2018: 100, 116, 148). Dies wirft aber die Frage auf, warum das der Fall ist, warum also Arbeitsmärkte geschlechtsspezifisch strukturiert sind. Verfolgt man diese Frage weiter, bewegt man sich mitten in die Debatten um patriarchalische Strukturen und feministische Emanzipationspolitiken – also auf ein Feld, das oft als „kulturell“ und „identitätspolitisch“ abgetan wird, sich aber als in hohem Maße ökonomisch herausstellt (Dowling/van Dyk/Graefe 2017; Mayer u.a. 2018).

An anderer Stelle spricht Manow (2018: 48) beiläufig vom „Milieu der weißen Arbeiterklasse, das Trump gewählt hat“ – ganz so, als sei dies eine ganz einfache ökonomische Kategorie. Die Formulierung wirft aber die Frage auf, warum es überhaupt eine „weiße Arbeiterklasse“ gibt, warum ausgerechnet diese und nicht „die Arbeiterklasse“ insgesamt in überproportionalem Maße Trump unterstützt. Das kann überhaupt

nur der Fall sein, wenn Sozialstruktur, Arbeitsmarkt und politischer Raum selbst schon in erheblichem Maße durch *race* und Ethnizität mit-strukturiert waren. Diesen Aspekt ernst zu nehmen drängt die Frage auf, ob die Ablehnung gegen „Migration“, die bei Manow als rein ökonomischer Protest firmiert, nicht ein sehr viel komplexeres Bündel von Positionierungen auf verschiedenen Konfliktfeldern umfasst: Thematisiert werden dabei die ethnische Stratifizierung der Gesellschaft, strukturelle Diskriminierung, Diversität, Einschluss, Ausschluss etc. (Arps 2019; Scherrer/Lüthje 2001; Bhambra 2017; Bhambra/Holmwood 2018; Sablowski/Thien 2018: 65; Koppetsch 2019: 40-41).

So erweisen sich die oft als „kulturell“ und „identitätspolitisch“ eingeordneten oder gar abgetanen Konfliktfelder rund um Geschlecht und *race*/Ethnizität als eng mit ökonomischen Fragen verknüpft. Antisexistische und antirassistische Politiken sind somit immer auch ökonomische Verteilungskämpfe, der „kulturelle“ Backlash gegen diese Politiken ist immer auch ein ökonomischer Backlash. Umgekehrt muss, wer von der politischen Ökonomie des Populismus als Verteilungsfrage spricht, auch diese „kulturellen“ Aspekte ernstnehmen.

Das heißt freilich umgekehrt nicht, dass sich Rechtspopulismus auf einen ökonomisch-kulturellen Backlash vonseiten um ihre Privilegien kämpfender „weißer Männer“ *reduzieren* ließe. Die Hinweise darauf, dass sich der ökonomische Druck auf große Teile der Bevölkerung in europäischen Wohlfahrtsstaaten in den letzten Jahren deutlich erhöht hat, bestimmte industrielle Lebensformen entwertet wurden, entsprechende Abstiegsängste eine Grundlage haben und ein Nach-unten-Treten wahrscheinlich machen, sind plausibel (Koppetsch 2019: 95-148; Sablowski/Thien 2018). Ebenso ist plausibel, dass es einige

Formen der antisexistischen und antirassistischen Politik gab, die ein Bündnis mit marktradikalen Reformen eingegangen sind und Fragen der Klassenpolitik vernachlässigt haben (Fraser 2017). Jedoch war dieses Bündnis innerhalb feministischer und antirassistischer Bewegungen stets umstritten – und dieser Streit verlief anders als oft kolportiert keinesfalls entlang einer Linie, auf deren einer Seite besonders „neoliberale“ poststrukturalistische Ansätze gestanden hätten.

Manows Grundthese bleibt plausibel und ist es wert, weiterverfolgt zu werden: Globalisierung – auch in den Formen von Europäisierung und zunehmender Migration – produziert Gewinnerinnen und Verliererinnen. Die damit bei bestimmten sozialen Gruppen hervorgebrachten Statusverluste und Verlustängste können – sofern sie nicht anderweitig politisch bearbeitet werden – populistische Mobilisierung begünstigen. Weil die verschiedenen Länder in unterschiedlicher Weise in Globalisierung eingebunden sind, sind je andere Gruppen in je anderer Weise betroffen, so dass sich je andere Opportunitätsstrukturen für populistische Mobilisierung ergeben. Die Analyse dieser Dynamiken muss jedoch zum einen neben Globalisierungsprozessen auch soziale Liberalisierungsprozesse, die mit Globalisierung verbunden, aber nicht identisch sind, einbeziehen und mit einer komplexeren Modellierung des Verhältnisses von Kultur und Ökonomie arbeiten. Dies kann beispielsweise mit Bourdieu (Koppetsch 2019), Polanyi (Bieling 2017) oder Hall (Opratko 2017) erfolgen.

### Mehr Variablen, bitte!

Das dritte große Problem besteht darin, dass Manows theoretisches Modell bereits in der politisch-ökonomischen Dimension

unterkomplex bleibt – sowohl in den unabhängigen und in den abhängigen Variablen als auch in den Zusammenhängen.

Dies zeigt sich insbesondere in einer vergleichenden Betrachtung der beiden politisch und ökonomisch wichtigsten EU-Länder Deutschland und Frankreich. In Deutschland ist der Erfolg der AfD zwar groß genug, um Aufsehen zu erregen, er ist aber regional stark auf den Osten konzentriert und erweist sich im internationalen Vergleich als relativ gering. Frankreich dagegen gehört neben Italien und Griechenland zu den EU-15-Ländern, in denen die maßgeblich von populistischen Kräften getragene Transformation des Parteiensystems am drastischsten ausfiel – die einstmals dominanten sozialistischen und konservativen Parteien erzielten zuletzt nur einstellige Ergebnisse. Daher verdient der Vergleich beider Länder und verdient insbesondere der französische Fall besondere Aufmerksamkeit. Manow öffnet sich dieser Reflexion kaum. In seiner ersten Überblicksdarstellung der populistischen Landschaft in Europa rechnet er den Populismus in Frankreich klein, indem er die Ergebnisse der links- und rechtspopulistischen Kräfte voneinander subtrahiert (Manow 2018: 40-42). In der ausführlichen Betrachtung lässt er das Land dagegen ganz außen vor (Manow 2018: 107). Dies dürfte daran liegen, dass Manows Modell weder die immense populistische Konjunktur in Frankreich noch die riesigen Unterschiede zu Deutschland hinreichend erklären kann.

Indem er Großzügigkeit und Zugänglichkeit des Wohlfahrtsstaates, Offenheit des Arbeitsmarktes sowie Ausmaß und Form der Migration zu den wichtigsten unabhängigen, also erklärenden Variablen macht, blendet er gerade diejenigen Faktoren aus, die den Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland erklären

könnten. In den genannten Variablen überwiegen zwischen beiden Ländern eher die Ähnlichkeiten als die Unterschiede. Insofern doch Unterschiede bestehen, müssten diese nach Manows Konzeption eigentlich in die entgegengesetzte Richtung deuten. Die jüngeren Erfolge des FN/RN sind kaum dadurch zu erklären, dass Frankreich ein besonderes Ausmaß an „Immigration in die Sozialsysteme“ zu „verkräften“ hätte – im Vergleich mit Deutschland ist eher das Gegenteil der Fall. Und wenn Frankreich „zwischen der süd- und der kontinental-europäischen Politischen Ökonomie zu verorten“ (Manow 2018: 106) ist, sollte der Rechtspopulismus dort eher schwächer sein als im kontinentaleuropäischen Deutschland.

Will man die großen rechtspopulistischen Erfolge in Frankreich erklären, muss man, darin ist Manow zuzustimmen, auf soziale Verwerfungen eingehen, denen auch ökonomische Entwicklungen zugrunde liegen. Blickt man auf die Daten, müssten diese aber eher in ökonomischer Stagnation, Deindustrialisierung, der Abwertung der entsprechenden Lebensformen und hoher (insb. Jugend-)Arbeitslosigkeit zu suchen sein als in Migration. Will man diese Problemlagen erklären, wird deutlich, dass nicht nur über *Unterschiede* zwischen beiden Ländern zu sprechen ist, sondern über *Wechselwirkungen*. Diese ergeben sich unter anderem aus der engen Verflochtenheit in Binnenmarkt und Eurozone sowie aus den Verschiebungen der Wettbewerbsfähigkeit durch die Agenda-2010-Reformen. Es liegt nahe, dass der relative Erfolg des deutschen und der relative Misserfolg des französischen Entwicklungsmodells innerhalb der Europäischen Union verknüpft sind, Frankreichs Entwicklung von Deutschlands abhängig ist (Flassbeck/Lapavitsas 2015: 25-27, 29-33; 54-56; Lux 2015; Schneider/

Syrovatka 2017; Sablowski/Schneider/Syrovatka 2018). Selbiges gilt dann auch für die sozialen Verwerfungen und das darauf basierende populistische Mobilisierungspotenzial. Das verweist auf den allgemeinen Zusammenhang, dass die Populismen in der Europäischen Union *ungleich und kombiniert* sind. Solche Zusammenhänge erwähnt Manow (2018: 131-138) zwar, gibt ihnen in seinem arbeitsmarkt- und migrationszentrierten Modell jedoch nicht genug Raum.

Darüber hinaus zeigt sich, dass nicht nur die unabhängigen Variablen und die Wirkungsmechanismen, sondern auch die abhängigen, also zu erklärenden Variablen zu erweitern sind. Der Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich verweist nämlich auch auf die Vielfalt rechter Populismen. Während die ursprüngliche wirtschaftsliberale Agenda der AfD mittlerweile zwar umstritten, in den westdeutschen Ländern aber immer noch dominant ist, hat der FN/RN seine wirtschafts- und sozialpolitische Agenda in den letzten Jahren deutlich hin zu einem etatistischen Wohlfahrtschauvinismus verschoben. Manow (2018: 45-46) erwähnt zwar, dass man hier „einen durchaus neuen programmatischen Mix, nämlich eine Kombination von soziokulturell rechten [...] und sozioökonomisch linken Positionen“ erkennen könne. Er verallgemeinert aber zu schnell und ignoriert, dass die sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen der rechtspopulistischen Parteien in Europa sehr divers bleiben (Otjes u.a. 2018; Becker 2018). Zu erklären, unter welchen Bedingungen und wie nachhaltig die wohlfahrtschauvinistisch-etatistischen Neupositionierungen stattfinden und warum andere Parteien – etwa die norwegische Fremskrittspartiet oder die Schweizerische Volkspartei – weiterhin marktradikale Positionen vertreten, zählt

zu den Aufgaben zukünftiger Forschung. Hier liegt die Hypothese nahe, dass die unterschiedliche Position der Länder in der internationalen Arbeitsteilung wiederum einen Einfluss hat (Werner 2013).

Über den Vergleich Deutschland-Frankreich hinaus lässt Manows Studie sehr viele Fragen in Bezug auf die postsozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas offen. Will man die ökonomischen Bedingungen für die Entwicklung des Rechtspopulismus in den postsozialistischen Ländern erklären, sind Fragen der nachholenden Entwicklung und Einbindung in die europäische Arbeitsteilung einzubeziehen, die mit der für diese Länder ökonomisch eher nachrangigen Frage der Immigration wenig zu tun haben (Becker 2018: 38-52).

## Wissenschaftliche und strategische Konsequenzen

Forschungsstrategisch gilt es also, Manows Erkenntnisse aufzunehmen, aber seinen Ansatz in Bezug auf die drei hier genannten Probleme zu revidieren, um ihn dann für eine Analyse der ungleichen und kombinierten Konjunkturen des Populismus in Europa produktiv zu machen, die kulturelle und ökonomische Faktoren zusammendenkt.

Politisch-strategisch stellt der Rechtspopulismus vor dem Hintergrund eines solchen Ansatzes ein Dilemma dar: Manows ökonomische Argumentation läuft nicht nur darauf hinaus, den Populismus und seine Wähler\_innen gegen allzu einfache Zuschreibungen der Irrationalität und Regressivität in Schutz zu nehmen, sondern zumindest implizit auch auf eine gewisse Legitimation dieses politischen Protests: Schließlich kämpften hier Menschen gegen eine Verletzung ihrer ökonomischen Interessen durch Globalisierungsprozesse

– und zwar Menschen aus Milieus, die (nicht durchwegs aber zu relevanten Teilen) schlechter gestellt sind als die meisten, die etwa in der *PROKLA* über sie schreiben. Auch wenn man Manows polemisch-apodiktischen Ton ablehnt und die Verkürzungen seines Modells problematisiert, muss man ihm und anderen darin zustimmen, dass die Reaktion nicht auf ein moralisches Abkanzeln dieses Kampfs beschränkt bleiben kann (vgl. auch Sablowski/Thien 2018). Nichtsdestoweniger stellt sich dieser Kampf sowohl im globalen Maßstab als auch bezogen auf Geschlecht und *race*/Ethnizität als ein Treten nach unten dar, das eindeutig autoritäre Züge trägt und nicht als irgendwie doch progressiv gemeint uminterpretiert werden kann. Für politische Akteur\_innen, die sich Freiheit, Gleichheit und Demokratie verschrieben haben, kann Rechtspopulismus politisch nur ein Gegner sein (Eversberg 2018; Lessenich 2017; Dowling/van Dyk/Graefe 2017). Daher ist weder die einfache moralische Verurteilung noch die Verharmlosung oder gar implizite moralische Legitimation eine angemessene Reaktion (Koppetsch 2019: 253-255).

Ein naheliegender Umgang mit diesem Dilemma besteht in der Forderung, politische Strategien gegen Rechtspopulismus so anzulegen, dass sie „berechtigte ökonomische Ängste“ zwar aufnehmen, aber so politisieren, dass sie nicht aggressiv gegen unten oder außen gewendet werden. Dies ist jedoch leichter formuliert als ausgestaltet. Es bedürfte eines politisch-ökonomischen Programms, von dem sich erstens eine breite Mehrheit der Bevölkerung, zu der auch ein relevanter Teil der rechtspopulistisch Wählenden zählt, realistisch einen Weg zu einem besseren Leben erhoffen kann, das zweitens auch im Kontext von globaler Ungleichheit, Geschlecht, *race*/Ethnizität und Klimakrise als emanzipativ

gelten kann und das sich drittens nicht auf den ersten Blick als voluntaristisch oder idealistisch herausstellt.

## Literatur

- Arps, Jan Ole (2019): Hauptsache Hauptwiderspruch. In: *ak – analyse & kritik* 648.
- Becker, Joachim (2018): *Neo-Nationalismus in der EU. Sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 179*. Wien.
- Bhambra, Gurminder K. (2017): Locating Brexit in the Pragmatics of Race, Citizenship and Empire. In: Outhwaite, William (Hg.): *Brexit: Sociological Responses*. London, 91-100.
- Bhambra, Gurminder K./Holmwood, John (2018): Colonialism, Postcolonialism and the Liberal Welfare State. In: *New Political Economy* 23(5): 574-587. <https://doi.org/10.1080/13563467.2017.1417369>.
- Bieling, Hans-Jürgen (2017): Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa. Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung. In: *WSI Mitteilungen* 8/2017: 557-565. <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2017-8-557>.
- Boos, Tobias (2018): Ein Hut, zu viele Köpfe – Zu Geschichte und Theorie des Populismusbegriffs. In: *PROKLA* 48(1): 9-26. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.29>.
- Burgoon, Brian/van Noort, Sam/Rooduijn, Matthijs/Underhill, Geoffrey (2018): Positional Deprivation and Support for Radical Right and Radical Left Parties. In: *Economic Policy* 34(97): 49-93. <https://doi.org/10.1093/epolic/eiy017>.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs. Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: *PROKLA* 47(188): 411-420. <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i188.69>.
- Eversberg, Dennis (2018): Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. In: *PROKLA* 48(190):

- 43-53. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.31>.
- Flassbeck, Heiner/Lapavitsas, Costas (2013): *The systemic crisis of the euro – true causes and effective therapies*. Berlin.
- Fraser, Nancy (2017). *The End of Progressive Neoliberalism* (2.1.2017). *dissentmagazine.org/online\_articles/progressive-neoliberalism-reactionary-populism-nancy-fraser*, Zugriff: 18.10.2018.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*. Berlin.
- Helbig, Marcel/Jähnen Stefanie (2019): *Wo findet „Integration“ statt? Die sozialräumliche Verteilung von Zuwanderern in den deutschen Städten zwischen 2014 und 2017*. WZB-Discussion Paper P 2019-003. Berlin.
- Hochschild, Arlie Russel (2016): *Strangers in their own land: Anger and mourning on the American right*. New York, NY.
- Inglehart, Ronald F./Norris, Pippa (2016): Trump, Brexit, and the rise of Populism: Economic have-nots and cultural backlash. *Harvard Kennedy Faculty Research Working Paper Series* 16(26): 1-52. <https://doi.org/10.2139/ssrn.2818659>.
- van Kersbergen, Kees/Manow, Philip (2009): Religion and the Western Welfare State. The Theoretical Context. In: van Kersbergen, Kees/Manow, Philip (Hg.): *Religion, Class Coalitions, and Welfare States*. Cambridge: 1-38. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511626784>.
- Koppetsch, Cornelia (2019): *Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld. <https://doi.org/10.14361/9783839448380>.
- Lengfeld, Holger/Dilger, Clara (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. In: *Zeitschrift für Soziologie* 47(3): 181-199. <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2018-1012>.
- Lessenich, Stephan (2017): Probleme der Klassenanalyse. In: *PROKLA* 47(186): 111-115. <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i186.183>.
- Lux, Julia (2015): Frankreich: Vom „Neoliberalisierungstanz“ zum Neoliberalisierungsmarsch. In: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hg.): *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*. Frankfurt/M.: 57-82.
- Manow, Philip (2018): *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin.
- Mayer, Stefanie/Šori, Iztok/Sauer, Birgit/Ajanović, Edma (2018). Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität und Femonationalismus im europäischen rechten Populismus. In: *Feministische Studien* 36(2): 269-285. <https://doi.org/10.1515/fs-2018-0032>.
- Mouffe, Chantal (2018): *For a Left Populism*. London.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511492037>.
- Mudde, Cas (2019): Populism is dead! Long live the far right! In: Bolin, Niklas/Falasca, Kajsa/Grusell, Marie/Nord, Lars (Hg.): *Euroreflections*. Sundsvall: 23-24.
- Müller, Jan-Werner (2016): *What is Populism?* Philadelphia, PA. <https://doi.org/10.9783/9780812293784>.
- Opratto, Benjamin (2017): Rechtspopulismus als Krisenbearbeitung. Anmerkungen zum Aufstieg von AfD und FPÖ. In: *PROKLA* 47(1): 123-130. <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i186.185>.
- Otjes, Simon/Ivaldi, Gilles/Ravik Jupskås, Anders/Mazzoleni, Oscar (2018): It's not Economic Interventionism, Stupid. Reassessing the Political Economy of Radical Right-wing Populist Parties. In: *Swiss Political Science Review* 24(3): 270-290. <https://doi.org/10.1111/spst.12302>.
- Reckwitz, Andreas (2016): *Zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus. Die Spätmoderne im Widerstreit zweier Kulturalisierungsregimes*. sozipolis.de/beobachten/kultur/artikel/zwischen-hyperkultur-und-kulturessenzialismus/, Zugriff: 18.10.2018.
- Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David (Hg.) (2019): *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*. Berlin.

- Rodrik, Dani (2018): Populism and the political economy of globalization. In: *Journal of International Business Policy* 1(1): 12-33. <https://doi.org/10.1057/s42214-018-0001-4>.
- Rooduijn, Matthijs/Burgoon, Brian (2018): The Paradox of Well-being. Do Unfavorable Socioeconomic and Sociocultural Contexts Deepen or Dampen Radical Left and Right Voting Among the Less Well-Off? In: *Comparative Political Studies* 51(13): 1720-1753. <https://doi.org/10.1177/0010414017720707>.
- Sablowski, Thomas/Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2018): Zehn Jahre Krise. Regulation des Lohnverhältnisses und ungleiche Entwicklung in der Europäischen Union. In: *PROKLA* 48(192): 357-379. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i192.893>.
- Sablowski, Thomas/Thien, Hans-Günter (2018): Die AfD, die ArbeiterInnenklasse und die Linke – kein Problem? In: *PROKLA* 48(190): 55-71. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.32>.
- Scherrer, Christoph & Lühje, Boy (2001). Race, Multiculturalism, and Labour Organising in the United States. Lessons for Europe. In: *Capital & Class* 73: 141-17. <https://doi.org/10.1177/030981680107300108>.
- Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2017): Die Zukunft der europäischen Wirtschaftsintegration. Blockierte Vertiefung und wachsende Asymmetrie zwischen Frankreich und Deutschland. In: *PROKLA* 47(189): 653-673. <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i189.62>.
- Werner, Alban (2013): Rechtspopulistische Opposition in der Eurokrise. In: *Das Argument* 301: 240-250.



**LENGWA WA MPANGO WAKIPOK**

**iz3w** ◀

## Sozialstaaten – »Begünstigte erhalten einen Zuschuss«

*Außerdem:*

20 Jahre Kosovokrieg |  
Wissensdrang trifft Sammelwut |  
Erinnerungskultur in Chile

52 Seiten, € 6,-

[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd